

INTERGLOBAL

SYRIEN

Das Misstrauen bleibt

Christopher Wimmer

Viele syrische Kurd*innen sind im Rahmen eines Abkommens mit der Übergangsregierung in ihre Häuser zurückgekehrt. Auch die kurdischen bewaffneten Kräfte sind nun eigenen Angaben zufolge dem syrischen Staat unterstellt. Doch das Verhältnis zur Regierung bleibt angespannt.

Endlich war es so weit: Am 30. Juli kehrten weitere 1.300 kurdische Familien nach Afrin im Nordwesten Syriens zurück, die letzten von etwa 11.000, die von dort ab 2018 geflohen waren. Damals hatten die türkische Armee und mit ihr verbündete Milizen der sogenannten „Syrischen Nationalen Armee“ (SNA) die Region 2018 im Zuge der „Operation Olivenzweig“ erobert. Zuvor war Afrin, das unmittelbar an die Türkei grenzt, von den kurdischen „Volks- und Frauenverteidigungseinheiten“ (YPG und YPJ) kontrolliert worden.

Die Rückkehr der letzten kurdischen Familien bedeutete allerdings keinen unbeschwerten Neuanfang. Manche fanden ihre Häuser beschädigt vor, andere mussten feststellen, dass Wohnungen oder Grundstücke von anderen bewohnt oder anderweitig genutzt werden. Eigentumsfragen sind vielerorts ungeklärt. Die mehrjährige Besatzung Afrins bleibt deutlich bemerkbar: Es wehen türkische Fahnen, die türkische Lira ist das gängige Zahlungsmittel und selbst der Strom kommt aus der Türkei.

Im Kern geht es um die Frage, welchen Platz die Kurd*innen in einem neu geordneten Syrien haben werden.

Die Entwicklung in Afrin steht exemplarisch für die widersprüchliche Lage der syrischen Kurdinnen und Kurden im Sommer 2026. Einerseits kommt Bewegung in einen langjährigen Konflikt: Nach intensiven Verhandlungen zwischen der syrischen Übergangsregierung unter Präsident Ahmed al-Sharaa und der „Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien“, auch bekannt als Rojava, sollen die autonomen Gebiete im Nordosten Syriens schrittweise in den syrischen Staat integriert werden. Zudem konnten die meisten Binnenvertriebenen in ihre Herkunftsorte zurückkehren. Ande-

rerseits ist von einem stabilen Frieden bislang wenig zu sehen.

Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte kurdischer Flüchtlinge einsetzen, warnten, dass Rückkehrer in Afrin „Drohungen und Erpressungen“ bis hin zu physischen Angriffen ausgesetzt seien, wenn sie versuchten, ihr Eigentum wiederzuerlangen. Menschenrechtsorganisationen berichteten in den vergangenen Jahren immer wieder von brutaler Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, der Zerstörung von Olivenhainen und von Angriffen auf religiöse und archäologische Stätten – vor allem der yezidischen Gemeinschaft Afrins. Die dafür verantwortlichen SNA-Milizen sind in Afrin keineswegs verschwunden. Zwar wurden sie teilweise in die neue syrische Armee eingegliedert, ihre lokalen Strukturen sind jedoch erhalten geblieben.

Wie schnell vorsichtiger Optimismus mit offener Gewalt konfrontiert werden kann, zeigt sich in der Stadt Serê Kaniyê (auf Arabisch Ras al-Ayn genannt), rund 350 Kilometer östlich von Afrin. Sie war 2019 im Zuge einer völkerrechtswidrigen türkischen Militäroffensive besetzt worden. In den vergangenen Wochen sollten auch dort rund 2.500 Vertriebene zurückkehren. Doch dem „Rojava Information Center“ zufolge wurde der erste Konvoi von den neuen Bewohner*innen der Häuser angegriffen. Die Rückkehr wurde daraufhin vorerst ausgesetzt. Die syrische Polizei argumentierte, einige Familien seien ohne vorherige Koordinierung mit der Polizei in ihre Häuser gefahren, dies habe den Disput mit den neuen Bewohner*innen ausgelöst.

„Wir verurteilen den Übergriff, dem die vertriebenen kurdischen Familien bei ihrer Rückkehr ausgesetzt waren“, erklärte Mazloum Abdi, der Oberbefehlshaber der „Syrian Democratic Forces“ (SDF), eines Militärbündnisses unter Leitung der YPG im Osten Syriens, auf der Plattform „X“. Der Vorfall löste Proteste von Kurd*innen in den Städten Qamishli und al-Hasakah aus. Die Demonstrationen richteten sich gegen die neue syrische Zentralregierung in Damaskus, die aus Sicht des Vertriebenenrats von Serê Kaniyê und vieler Kurd*innen nicht in der Lage war, die Sicherheit der Binnenvertriebenen zu garantieren. In al-Hasakah entfernten Demonstrierende die syrische Flagge vor einem Polizeigebäude, in Qamishli kam es zu Zusammenstößen mit der



Nach dem Willen der von ihm geführten Übergangsregierung sollen die Kurd*innen ihre weitreichende Autonomie aufgeben: Syriens Präsident Ahmed al-Sharaa.

Polizei. Anschließend verhängten die Behörden eine Ausgangssperre. Die Reaktion macht deutlich, wie fragil die Integration der kurdisch kontrollierten Gebiete ist.

Im Kern geht es um die Frage, welchen Platz die Kurd*innen in einem neu geordneten Syrien haben werden. Nach dem Willen der Übergangsregierung sollen sie ihre weitreichende Autonomie aufgeben. Nach umfassenden Angriffen syrischer Truppen auf das Gebiet der Selbstverwaltung Anfang des Jahres hatten die Regierung und die SDF ein Abkommen geschlossen, das die schrittweise Integration der SDF in die syrische Armee vorsieht. Die kurdischen Sicherheitskräfte namens Asayîş sollen in die dem Innenministerium unterstehenden Polizeieinheiten integriert werden („Rollback für Rojava“; woxx 1872).

Auf einer Veranstaltung in Qamishli am vorigen Donnerstag sagte Mazloum Abdi nun, die Integration in die staatlichen Institutionen sei abgeschlossen. Zugleich betonte er, „der politische Kampf für die Rechte der Kurden“ gehe weiter. Er verlangte Garantien dafür, dass die Rechte der kurdischen Bevölkerung in der syrischen Verfassung festgeschrieben werden. „Wir sind zuversichtlich, dass das neue Syrien frei von chauvinistischer Politik sein wird und die Identität aller Völker im Nordosten Syriens gewahrt bleibt“, sagte er in seiner Rede. Auch die Möglichkeit, die jeweiligen Mut-

tersprachen zu erlernen und zu sprechen, müsse erhalten bleiben.

Diese Forderungen sind vor dem Hintergrund einer jahrzehntelangen politischen und kulturellen Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden in Syrien zu betrachten, die erst mit dem Aufbau einer bewaffneten kurdischen Selbstverwaltung ab 2012 ein Ende nahm.

Die Rückkehr nach Afrin weckt vorsichtige Hoffnung für die Nachkriegsordnung Syriens. Die Angriffe in Serê Kaniyê zeigen jedoch, wie angespannt das Verhältnis der kurdischen Bevölkerung zur neuen syrischen Regierung immer noch ist. Als Ahmed al-Sharaa, ehemals Anführer des syrischen al-Qaida-Ablegers, in Damaskus die Regierungsgeschäfte übernahm, verschärfte sich die konfessionellen Spannungen in Syrien zunächst, und es kam zu schweren Angriffen auf religiöse und ethnische Minderheiten. Die syrischen Kurdinnen und Kurden haben daher gute Gründe, dem syrischen Staat weiterhin skeptisch zu begegnen.

Christopher Wimmer lebt und arbeitet als Autor und Soziologe in Berlin.

FOTO: EPW/MOHAMMED AL RIFA